

deportierten polnischen Staatsbürger mit aufgebauchten Opferzahlen aufgeräumt und die Ziffer von einer Million auf ca. 300 000 drastisch nach unten korrigiert worden sei (S. 103). Auch ist die Zahl von 1,2 Millionen Polen und polnischen Juden, die angeblich aus den 1939 annektierten westpolnischen Gebieten vertrieben wurden (S. 11), nicht belegt.

Der Titel des Bandes ist dem Tenor der Beiträge auf mehrfache Weise unangemessen. Denn zum einen plädieren die Autoren selbstverständlich nicht dafür, „endlich“ einen Schlußstrich zu ziehen. Zum anderen gab es wohl keinen Zeitraum in der deutschen Geschichte nach 1945, in dem die „Notwendigkeit öffentlicher Erinnerung“ so unbestritten und diskursbestimmend gewesen ist, wie jenen, in den wir seit Ende der 1990er Jahre eingetreten sind. Die Schlußstrich-Debatte ist mittlerweile vielmehr selbst Teil einer Geschichte der Erinnerungspolitik im westlichen Nachkriegs-Deutschland geworden. Polen und Tschechen schließlich erhoben die Forderung nach einem Schlußstrich schon gar nicht, da sich das Erinnern an die NS-Verbrechen von Kommunisten und Nationalisten jeglicher Couleur gleichermaßen instrumentalisieren ließ, um zu vordergründigen politischen Zwecken antideutsche Stimmungen zu erzeugen – und damit die Gesellschaft zu erpressen. Diese Art von Manipulation ist bislang nicht aufgearbeitet worden und wirkt sich somit auf das Verhältnis zum westlichen Nachbarn bis heute nachteilig aus. Und hier sind wir an einem Punkt, wo in übernationaler Zusammenarbeit wichtiges wissenschaftliches Neuland zu gewinnen wäre, das für die zeitgemäße Ausgestaltung der Beziehungen ganz aktuellen Nutzen verspricht.

Marburg/Lahn

Klaus-Peter Friedrich

Micha Brumlik: Wer Sturm sät. Die Vertreibung der Deutschen. Aufbau Verlag, Berlin 2005. 300 S. (€ 18,90.)

Nicht nur aufgrund der Diskussion um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ hat das Thema der Zwangsmigrationen während und nach dem Zweiten Weltkrieg publizistische Konjunktur. Für Micha Brumlik, Professor im Fachbereich Erziehungswissenschaften der Universität Frankfurt/Main, war aber gerade die Einladung, Mitglied des wissenschaftlichen Beirates des „Zentrums“ zu werden, der Anlaß für eine eingehende Auseinandersetzung mit der Thematik (S. 135). So kann das hier anzuzeigende Buch als eine sehr ausführliche Begründung für seine Ablehnung gelesen werden.

Die Teilnahme an öffentlichen Debatten in Buchform birgt stets zwei Gefahren: Entweder ist die Publikation bereits vom Gang der Diskussion überholt, oder sie wird zu einem publizistischen Schnellschuß, dem die wissenschaftliche Gründlichkeit abgeht. Letzterer Gefahr ist auch B. nicht entgangen. Denn bei seinem Versuch, in einem ersten Kapitel auf etwa 60 Seiten den Gesamtvorgang der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Polen und der Tschechoslowakei faktographisch zu rekapitulieren und in ihren historischen Zusammenhang einzuordnen, fällt auf, daß er die doch sehr ansehnliche Forschungsleistung, die in Deutschland, besonders aber auch in Polen und der Tschechischen Republik während der letzten fünfzehn Jahre erbracht worden ist, schlichtweg nicht rezipiert hat, obwohl viele wichtige Veröffentlichungen aus Ostmitteleuropa inzwischen in deutscher Übersetzung vorliegen.¹ So kommt es z.B. zu der Merkwürdigkeit, daß der

¹ Um stellvertretend nur einige der wichtigsten Arbeiten in deutscher Übersetzung zu nennen: TOMÁŠ STANĚK: *Verfolgung 1945. Die Stellung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien (außerhalb der Lager und Gefängnisse)*, Wien u.a. 2002 (Buchreihe des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa, 8); „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden ...“ *Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945-1950. Dokumente aus polnischen Archiven*, hrsg. von WŁODZIMIERZ BORODZIEJ und HANS LEMBERG, Bde. 1-4, Marburg 2000-2004 (Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas, 4/I-IV); BERNADETTA NITSCHKE: *Vertreibung und Aussiedlung der*

Autor gerade bei einer strittigen Frage wie der Bezifferung der Gesamtverluste der deutschen Vertriebenen sich auf die diesbezüglich überholte „Dokumentation der Vertreibung“ aus den 1950er Jahren stützt.² Ein umfangreicher, der Palästinenserfrage gewidmeter Abschnitt (S. 251–291) fußt wesentlich auf einer einzigen Monographie³, sprengt die Thematik des Buches und kann seine Relevanz für die Argumentation nicht ganz deutlich machen. Der Leser kann den Eindruck gewinnen, daß hier vielleicht ein Schubladentext verwendet wurde, den der Autor anderwärts nicht zu plazieren wußte.

Es wäre allerdings beckmesserisch, B. einen Vorwurf daraus zu machen, daß sein Buch nicht den Anforderungen einer zeithistorischen Studie genügt, denn eine solche zu schreiben war nicht seine Absicht. Vielmehr steht im Mittelpunkt die moralphilosophische, auf historische und völkerrechtliche ebenso wie auf gesellschaftspsychologische Argumente gestützte Auseinandersetzung mit der Frage, ob das Zentrum gegen Vertreibungen, wie es von Erika Steinbach und ihren Unterstützern in- und außerhalb des Bundes der Vertriebenen konzipiert worden ist, eine adäquate Form der Auseinandersetzung mit dem „Jahrhundert der Vertreibungen“ (Hans Lemberg) darstellt. B. beantwortet diese Frage mit einem klaren Nein. Zugleich macht er deutlich, daß er in keiner Weise die Traumatisierung der deutschen Vertriebenen und den verbrecherischen Charakter der Ausschreitungen, deren Opfer sie wurden, in Zweifel zieht. Jedoch unterstreicht er, daß er das Schicksal der deutschen Vertriebenen in einen „Tun-Ergehens-Zusammenhang“ (S. 204 und öfter) gestellt sehen will, der die nationalsozialistische Vertreibungs- und Vernichtungspolitik und die Unterstützung des NS-Regimes durch einen Teil der später Vertriebenen als den historischen Kontext erkennen läßt, innerhalb dessen der Gesamtvorgang der gewaltsam herbeigeführten Migrationen um die Jahrhundertmitte zu interpretieren ist. Angefangen mit der Charta der Heimatvertriebenen von 1950 bis hin zur Satzung der Stiftung für das Zentrum gegen Vertreibungen erhebt Brumlik den Vorwurf, daß sich die Funktionäre der Vertriebenenverbände weder ideologisch noch – in den frühen Jahren – personell aus der Kontinuität seit dem Volkstumskampf der Zwischenkriegszeit und seiner rassenideologischen Eskalation durch den Nationalsozialismus gelöst hätten.

Diese Befunde sind zwar nicht unbedingt neu, werden vom Vf. jedoch in eine komplexe Argumentation eingebracht, welche die Frage des Zentrums als Ort des Gedenkens und der geschichtspolitischen Aufarbeitung auf einer Vielzahl von Ebenen – der moralphilosophischen, kulturellen, politischen und pädagogischen – reflektiert. Im Mittelpunkt steht dabei der politische Vorwurf, daß das Zentrum trotz gegenteiliger Verlautbarungen seiner Befürworter letztlich eine deutschumszentrisch-völkische Perspektive auf die Vertreibungen festschreiben und ein geschichtspolitisches Gegengewicht zum gerade fertiggestellten Holocaustmahnmal darstellen soll (S. 116 f.).

deutschen Bevölkerung aus Polen 1945 bis 1949, München 2003 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 20).

² Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene, bearb. von THEODOR SCHIEDER u.a., Bde. I–V, o.O. [Bonn] 1954–1963, hier Bd. I/1, S. 159 E; im Anschluß an diese Belegstelle beziffert Brumlik die Verluste der deutschen Vertriebenen aus den vormaligen reichsdeutschen Ostgebieten und aus Vorkriegspolen als ein Sechstel der Gesamtbevölkerung (ca. 2 Millionen). Dagegen fehlt beispielsweise eine für das Thema grundlegende Publikation wie: Vertreibung und Vertreibungsverluste 1945–1948. Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974. Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte, Bonn 1989, in der die Gesamtverluste der Bevölkerung aus den vormaligen Ostgebieten auf maximal 600 000 geschätzt werden.

³ BENNY MORRIS: The Birth of the Palestinian Refugee Problem, 1947–1949, Cambridge u.a. 1987.

Für den Fachhistoriker bleibt bedauerlich, daß das Buch keine informierte Zusammenfassung des Forschungsstandes bietet. Seine faktographischen Ungenauigkeiten werden B.s Debattengegnern Vorlagen (und Vorwände) für ihre Kritik liefern. Dennoch handelt es sich um den Beitrag eines engagierten und auf hohem Niveau argumentierenden Geisteswissenschaftlers, der sich auch vom Risiko des Irrtums in Einzelfragen nicht von der Teilnahme an einer zentralen gesellschaftspolitischen Diskussion abhalten läßt. Unabhängig davon, wie sich die deutsche Zeitgeschichtsschreibung zu B.s Auffassungen im einzelnen stellt, kann sie davon nur lernen.

Leipzig

Andreas R. Hofmann

* Diese Rezension erschien auch in: sehepunkte (www.sehepunkte.historicum.net).

Pertti Ahonen: After the Expulsion. West Germany and Eastern Europe 1945-1990. Oxford University Press. Oxford u.a. 2003. X, 313 S.

Die Vertriebenenverbände gehören nach wie vor zu den wenig bearbeiteten Themen der deutschen Nachkriegsgeschichte. Dies liegt vor allem an dem in den letzten Jahren dominierenden Topos der „Erinnerung“, der dazu geführt hat, daß sich die meisten deutschen Historiker in erster Linie mit dem Prozeß der Vertreibung und deren Aufarbeitung beschäftigen. Der aus Finnland stammende Historiker Pertti Ahonen untersucht in seiner Monographie die Geschichte der Vertriebenenverbände im Kontext der westdeutschen Ostpolitik nach 1945. Er verbindet dies mit einer auf den ersten Blick politologischen Fragestellung nach dem Einfluß von Lobbygruppen auf das politische System und die Außenpolitik der Bundesrepublik. Die Arbeit fußt auf einem intensiven Studium von außen- und innenpolitischen Akten, Parteiarchiven, Akten der Vertriebenenverbände, Memoiren und Nachlässen.

In seinem Buch, das auf einer Dissertation an der Yale University beruht, untersucht der Vf. zunächst die Gründungsgeschichte der Vertriebenenverbände, deren Position im Parteiensystem der jungen Bundesrepublik und die Politik Adenauers gegenüber den Vertriebenen. Dabei stellt A. bis 1955 die Herausbildung eines strukturellen Musters fest. Alle großen Parteien berücksichtigten in ihren Programmen mit Blick auf die Wählerstimmen der Vertriebenen deren unrealistische Forderungen nach Rückkehr in die alte Heimat und nach einer Revision der Nachkriegsgrenzen. Zugleich jedoch wurden Vertriebene von den Schaltstellen der Macht in den Parteien und der Regierung ferngehalten. Hinter den Kulissen distanzierte sich Adenauer sogar von ihren Forderungen, die er jedoch aus wahltaktischen Gründen nach außen hin unterstützte. Die Rücksichtnahme auf die inzwischen sehr gut organisierten Vertriebenenverbände rächte sich jedoch in der Zeit von 1955 bis 1966, die im zweiten Abschnitt untersucht wird. A. sieht den gewachsenen Einfluß der Vertriebenenverbände als einen wesentlichen Grund für den Stillstand der Politik gegenüber den Warschauer-Pakt-Staaten. Anschließend analysiert er in einem dritten Kapitel die Auflösung des eingangs beschriebenen Musters und den zunehmenden Ausschluß der Vertriebenenverbände von außenpolitischen Entscheidungsprozessen. Den entscheidenden Wandel macht der Vf. bereits in den Jahren der Großen Koalition aus, als sich die SPD von territorialen Forderungen gegenüber Polen und der Tschechoslowakei distanzierte. Eine wesentliche Rolle beim Wandel des innen- und außenpolitischen Klimas mißt er auch den Kirchen und gesellschaftlichen Organisationen zu. Die Zeit nach 1969 wird nur noch auf gut 20 Seiten behandelt, die den Charakter eines Epilogs haben.

A.s Studie über die Vertriebenenverbände und die Außenpolitik in den ersten 20 Jahren der Bundesrepublik ist in vieler Hinsicht erhellend und ist jüngst erschienenen deutschsprachigen Studien zu diesem Thema wie z.B. von Matthias Stickler überlegen. A. zeigt, wie verlogen die Politik gegenüber den Vertriebenen war, die mit Maximalforderungen gegenüber Polen und der Tschechoslowakei beschwichtigt wurden. Auch wenn dies der